

Klaus Moegling

Ökonomische Bildung im Politikunterricht

Didaktisches Konzept,
Modelle und Praxis
politisch-ökonomischer Bildung

Erfahrungsorientierter Politikunterricht
Band 3

prolog



Klaus Moegling

Ökonomische Bildung im Politikunterricht

Band 3 der Reihe „Erfahrungsorientierter Politikunterricht“

Klaus Moegling

Ökonomische Bildung im Politikunterricht

Didaktisches Konzept, Modelle und Praxis
politisch-ökonomischer Bildung

Prolog Verlag
Immenhausen bei Kassel 2012

Bibliografische Informationen der Deutschen Nationalbibliothek
Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie;
detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über
<http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Gedruckt auf säurefreiem und alterungsbeständigem Papier.

Alle Rechte vorbehalten.

© 2012 by PROLOG-VERLAG Immenhausen bei Kassel

<https://prolog.budrich.de/>

ISBN 978-3-934575-65-3 (Paperback)

eISBN 978-3-8474-1402-5 (PDF)

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlages unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Umschlaggestaltung: Bettina Lehfeldt, Kleinmachnow – www.lehfeldtgraphic.de

Druck: Books on Demand GmbH, Norderstedt

Printed in Europe

Inhaltsverzeichnis

1	Einführung	9
 Teil I Didaktik politisch-ökonomischer Bildung im Politikunterricht		
2	Grundlagen einer Didaktik politisch-ökonomischer Bildung	16
2.1	Bildung und politisch-ökonomische Bildung im Politikunterricht	16
2.2	Kompetenzen, Standards und Indikatoren politisch-ökonomischer Bildung	20
2.2.1	Zur Begrifflichkeit von Kompetenzen, Standards und Indikatoren	20
2.2.2	Kompetenzen, Standards und Indikatoren für die politisch-ökonomische Bildung im Politikunterricht	24
2.3	Didaktisch-inhaltliche Überlegungen zur politisch-ökonomischen Bildung	29
2.3.1	Basiskonzepte politisch-ökonomischer Bildung	29
2.3.2	Kategorien politisch-ökonomischer Bildung im Politikunterricht	31
2.3.3	Inhaltsfelder und Themen politisch-ökonomischer Bildung im Politikunterricht	35
2.3.4	Genderaspekte politisch-ökonomischer Bildung	40
2.4	Didaktisch-methodische Überlegungen zur politisch-ökonomischen Bildung	48
2.5	Das didaktische Konzept politisch-ökonomischer Bildung im Überblick	50

Teil II

Politisch-ökonomisches Grundlagenwissen für Politiklehrer/-innen

3	Bausteine des politisch-ökonomischen Wissens für Politiklehrer/-innen	53
3.1	Verschiedene ökonomische Ordnungssysteme: Marktwirt- schaften und zentralgesteuerte Wirtschaftsordnungen	54
3.2	Mikroökonomie und Makroökonomie. Zum Stellenwert der Betriebswirtschaftslehre im Verhältnis zur Volkswirt- schaftslehre für die politisch-ökonomische Bildung	55
3.3	Mechanismen der sozialen Marktwirtschaft	56
3.3.1	Wettbewerb	57
3.3.2	Angebot, Nachfrage und Preisbildung	57
3.3.3	Geld, Kredite und Zins	58
3.3.4	Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung, ISEW-Index und Wirtschaftswachstum	60
3.3.5	Staat und Wirtschaft	61
3.3.6	Sozialpolitische Mechanismen in der Marktwirtschaft	62
3.3.7	Auseinandersetzungen um den gerechten Lohn: Tarifliche Vereinbarungen und Tarifkonflikte, Mindestlohn und Leih- arbeit	62
3.3.8	Auf die Umwelt bezogene Mechanismen in der sozialöko- logischen Marktwirtschaft	63
3.4	Die Europäische Union (EU) und die Wirtschafts- und Währungsunion (EWWU)	64
3.5	Wirtschaftliche und politische Globalisierung	65
3.6	Internationale Wirtschafts- und Finanzkrisen und soziale Marktwirtschaft	67

Teil III

Praxis der politisch-ökonomischen Bildung in den Sekundarstufen I und II

4	Unterrichtsmodelle und Praxisbeispiele politisch-ökonomischen Lernens im Politikunterricht der Sekundarstufe I	70
4.1	Skizzierung verschiedener Methoden politisch-ökonomischer Bildung (Klassen 7-9/10)	70
4.1.1	Mikromethoden politisch-ökonomischer Bildung	70
4.1.2	Makromethoden politisch-ökonomischer Bildung	71
4.2	Modellbeispiel: Eine Unternehmensgründung vornehmen und kritisch begleiten (Klassen 8-9)	73
4.3	Unterrichtsprojekt: Eine gesellschaftspolitische Schülerzeitung als Betrieb (8.-11. Klasse)	81
4.4	Politisch-ökonomisches Lernen im Betriebspraktikum – Betriebe organisationssoziologisch erforschen und analysieren (Sekundarstufe I, 9. Klasse)	85
4.4.1	Zum didaktischen Ansatz	85
4.4.2	Rekonstruktion des Praktikumsverlaufs	90
4.4.3	Die gemeinsame Auswertung des Betriebspraktikums in Form einer betriebs- und organisationssoziologischen Untersuchung	92
4.4.4	Die Benotung des Betriebspraktikums	98
4.4.5	Zusammenfassung und Fazit	104
5	Forschendes Lehren und Lernen in der politisch-ökonomischen Bildung anhand der Überschuldung Griechenlands (Sekundarstufe II, Grundkurs, Jgst. 12)	105
5.1	Didaktische Überlegungen zum forschenden Lehren und Lernen	105
5.2	Exkurs: Vom Erkunden, über das Erforschen zum schülergemäßen Forschen	107

5.3	Entwurf eines didaktischen Modells	112
5.3.1	Einführung in die Methodik empirischen Forschens in einem Grundkurs ‚Politik und Wirtschaft‘	112
5.3.2	Generierung von Fragen und Lernperspektiven	112
5.3.3	Das didaktisch-methodische Konzept des Schüler-Forschungsprojekts zur Überschuldung Griechenlands	114
6	Die internationale Wirtschafts- und Finanzkrise als Thema politisch-ökonomischer Bildung (Sekundarstufe II, LK Politik und Wirtschaft, Jgst. 12)	119
6.1	Vorbemerkung zum politisch-ökonomischen Lernen im Politikunterricht in einem Leistungskurs Politik und Wirtschaft der Sekundarstufe II	119
6.2	Grundlegende Fragestellungen der Unterrichtsreihe zur internationalen Wirtschafts- und Finanzkrise	120
6.3	Die Planung der Unterrichtsreihe	121
6.4	Der Verlauf der Unterrichtsreihe	127
6.4.1	Überblick über den Verlauf	127
6.4.2	Planspiel zur internationalen Wirtschafts- und Finanzkrise	131
6.4.3	Die Klausur	142
6.5	Die Expertendiskussion: „Der Euro als kopfloses Huhn?“	146
6.6	Die Evaluation der Unterrichtsreihe	152
6.7	Fazit	156

Teil IV

Politisch-ökonomische Bildung in der Lehreraus- und -fortbildung

7	Angebote politisch-ökonomischer Bildung für Politiklehrer/-innen in der Lehreraus- und -fortbildung	159
8	Teil V Anhang	162
8.1	Schülerhandreichungen zur empirischen Sozialforschung	162
8.2	Der Fragebogen zur Unterrichtsreihe über die Wirtschafts- und Finanzkrise	167
8.3	Literaturverzeichnis	172
	Verlagsübersicht Prolog-Verlag	180

1 Einführung

Es gibt zahlreiche Versuche, den politischen und den ökonomischen Blick auf die Gesellschaft begrifflich-konzeptionell und in Bezug auf den Gegenstandsbereich voneinander zu trennen.¹ Hierbei besteht die Schwierigkeit, dass die Wirtschaft sowohl Gegenstand der Politikwissenschaften in Form der politischen Ökonomie als auch Gegenstand der Wirtschaftswissenschaften bzw. der Ökonomik ist.

Daher soll zu Beginn des vorliegenden Buches die begriffliche Sichtweise von Ökonomie, Politik und politischer Ökonomie offen gelegt werden, eine klare definitorische Grundlage des hier vertretenen Verständnisses politisch-ökonomischer Bildung offen gelegt werden.

Ausgehend vom Politikverständnis von Patzelt (2007), das auf die Entwicklung und Durchsetzung gesellschaftlich verbindlicher Regeln bezogen ist, und dem Gesellschaftsverständnis von Giddens (1988), das den Systemsinn und die Systemstrukturen durchaus für gestaltbar durch die sich darin engagierenden Akteure hält, soll unter Politik Folgendes verstanden werden:

Definition ‚Politik‘:

Politik bezieht sich auf den Versuch, über konflikthafte Prozesse innerhalb gesellschaftlicher Systeme und Strukturen Macht darüber zu erringen, gesellschaftliche Regeln durchzusetzen, zu institutionalisieren und auch wieder zu ändern.

Gleichzeitig soll hier offen gelegt werden, dass unter einer gelungenen Politik, das Engagement für eine demokratische Öffnung von Strukturen und die kommunikativ-partizipatorische Mitgestaltung im Rahmen einer deliberativen Demokratie (Habermas 1996) verstanden werden soll. In diesem Sinne steht im Zentrum politischer Bildung die Förderung der Reflexions- und Diskursfähigkeit der Lernenden, um auf deliberative Prozesse, d.h. der kommunikativen Suche nach der rationalsten Lösung eines politischen Problems und deren Begründung, sowohl in den Institutionen der Demokratie als auch in der demokratischen Öffentlichkeit, vorzubereiten.

Ausgehend von Sichtweisen des Ökonomischen bei Retzmann et al (2010) und in modifizierter Fassung bei Reef (2012) soll unter dem Begriff der Ökonomie zunächst einmal Folgendes gefasst werden:

¹ Vgl. z.B. Althammer/ Andersen (2007), May (2011), Detjen/ Kruber (2007), Hedtke (2005), Patzelt (2007), Engartner (2010).

Definition ‚Ökonomie‘:

Ökonomie bezieht sich auf den Versuch über die systematische Allokation von Ressourcen und mit Hilfe gezielter Investitionstätigkeit im Rahmen von Produktions-, Dienstleistungs- und Handelsprozessen ein optimales Ergebnis zu erzielen.

Auch für das Verständnis von Ökonomie soll ein ethischer Bezug hergestellt werden, indem ökonomische Prozesse sowohl effizient als auch verantwortlich gegenüber der jetzigen und zukünftigen Gesellschaft, den Individuen und dem gesellschaftlichem Verhältnis zur Natur im Sinne eines an Nachhaltigkeit orientierten Ökonomieverständnisses (Peter/ Moegling/ Overwien 2011) zu gestalten sind.

Es lässt sich eher ein *wirtschaftswissenschaftlicher Zugang* zum Bereich der Wirtschaft dann entdecken, wenn es z.B. um die Planung der Produktion von Gütern und hierbei um die effiziente Allokation gesellschaftlicher Ressourcen, wenn es um die Kalkulation von Preisen im Streben nach Rendite im marktwirtschaftlichem Wettbewerb geht. Ein *politikwissenschaftlicher Zugang* zur Ökonomie ist dann eher festzustellen, wenn Fragen der konflikthaften Machtausübung, des Einflusses politischer Ordnungssysteme, der Entwicklung und Durchsetzung gesellschaftlicher Regelungssysteme und des Kampfes um Herrschaft in der Auseinandersetzung zwischen verschiedenen Gruppen im Vordergrund stehen.

Der Unterschied zwischen einer ökonomischen und einer politischen Perspektive im Rahmen unterrichtlicher Prozesse kann am Beispiel der Vorbereitung, Durchführung und Auswertung des in der Sekundarstufe I obligatorischen Betriebspraktikums deutlich gemacht werden: Es geht hierbei nicht darum, wie z.B. eine Rendite erzeugende Preiskalkulation vorgenommen werden kann und nicht um den Versuch, diese selbst durchzurechnen (*wirtschaftswissenschaftlicher Zugang*), sondern es geht unter einer politikunterrichtlichen Perspektive darum zu erkunden, wie betriebliche Macht organisiert ist und wie und durch wen mit welcher Konsequenz Entscheidungen gefällt werden.²

In diesem Sinne sprechen Detjen/ Kruber (2007, 23) auch von einer ‚ökonomisch-politischen Bildung‘ und machen den politikdidaktischen Fokus der ökonomischen Bildung im Politikunterricht im Unterschied zu einem wirtschaftswissenschaftlichen Fokus deutlich:

„Wenn die politische Bildung also einen ökonomischen Sachverhalt zu ihrem Gegenstand macht, dann kann ihre leitende Frage nach dem Gesagten nicht sein, wie Güter und Dienstleistungen effizient produziert werden oder wie der Einzelne sich in einer ökonomischen Situation verhalten solle. Sie ist

² Vgl. das Unterrichtsbeispiel zum Betriebspraktikum in Kap. 4.4

vielmehr prinzipiell gehalten, das Ökonomische auf die politische Regelungs- und Gestaltungsaufgabe zu beziehen.“

Die wissenschaftliche Verbindung zwischen Politik und Ökonomie findet sich im Rahmen der politischen Ökonomie, die in der Lage ist, sowohl Effizienz- als auch Legitimationsfragen zu klären:

Definition ‚Politische Ökonomie‘:

Politische Ökonomie ist ein wissenschaftlicher Zugang, der die Wechselwirkungen von Staat, Gesellschaft und Wirtschaft ökonomisch und politisch analysiert und beurteilt. Dies bezieht sich auf Strukturen und Prozesse sowohl im Rahmen nationaler Volkswirtschaften als auch in Verbindung mit internationalisierten Systemen und Strukturen.

Neben Untersuchungen, die sich auf individuelles und gruppenbezogenes ökonomisches Handeln in gesellschaftlichen Kontexten beziehen, wie z.B. Konsumententscheidungen und ökonomische Entscheidungen in Familien, stellen Analysen aus der Makroperspektive der politischen Ökonomie zentrale Bezüge politisch-ökonomischer Bildung dar. Hierbei soll für den Politikunterricht nicht im Sinne von Detjen/ Kruber (2007) von ökonomisch-politischer Bildung, *sondern von politisch-ökonomischer Bildung gesprochen werden, um deutlich zu machen, dass die Priorität auf dem Politischen und dem Politikunterricht liegt.*

Die politikdidaktische Metaperspektive für politisch-ökonomisches und gesellschaftspolitisches Lernen ist identisch. Es geht in beiden Fällen um das Postulat der Mündigkeit, so dass wir nicht zwischen hier dem mündigen Wirtschaftsbürger und dort dem gesellschaftspolitisch mündigen Bürger als personales Leitbild der jeweiligen Politikdidaktik entscheiden müssen, *sondern es geht sowohl im Bereich der Ökonomie als auch der Politik jeweils um das politisch mündige Subjekt, das sich im Kontakt und Engagement mit anderen zu emanzipieren versucht.*

Ökonomie und Politik sind zwei gesellschaftliche Bereiche, die eine hohe Affinität zueinander aufweisen. Wirtschaft und Politik sind miteinander verzahnt und vielfach vernetzt, so dass beide gesellschaftliche Bezüge unter einer sozialwissenschaftlichen Perspektive häufig nicht unabhängig voneinander betrachtet werden können. Daher macht es im Rahmen des Politikunterrichts bzw. des Doppelfaches ‚Politik und Wirtschaft‘ keinen Sinn, die Ökonomie als einen eigenständigen Wissensbereich zu begreifen, der nach seinen eigenen Regeln und Maßstäben als isolierter Block im Rahmen der politischen Bildung zu lehren sei.

Hingegen macht die Ausgliederung der ökonomischen Bildung zu einem eigenen Fach³ durchaus Sinn, wenn sie primär als wirtschaftswissenschaftliche bzw. der

³ Vgl. u.a. hierzu auch Retzmann (2001) und kontrovers dazu Hedtke (2001)

Ökonomik verpflichtete Bildung begriffen werden soll, die kontrovers angelegt sein sollte und deutlich über den Ansatz der ökonomischen Verhaltenstheorie hinausgeht und natürlich auch Anknüpfungspunkte zum Bereich ‚Politik‘ beinhaltet. Wenn Ökonomik als ein Fach auf primär wirtschaftswissenschaftlicher Basis begriffen wird, ist May (2011, 9) zuzustimmen, wenn er fordert:

„Beide Disziplinen – die ökonomische und die politische Bildung – sind in ihrem die vorgenannten Ziele bedienenden Bildungsstoff sehr komplex angelegt und können damit ihrem jeweiligen fachspezifischen Anliegen ohne die künstliche Konstruktion eines ‚Mammutfaches‘ nur in getrennten Bildungsanstrengungen gerecht werden.“

Für die Situation getrennter Fächer müsste dann also geklärt werden, wie der wirtschaftswissenschaftliche Anteil am Fach Politik und wie der Politik-Anteil im Fach Wirtschaftswissenschaften konzeptionell anzulegen und zu gestalten ist – so Hedtke (2001, 2):

„Wie kann politische Bildung jene ökonomischen Elemente aufgreifen, auf die sie angewiesen ist, und wie sind die unverzichtbaren politischen Grundlagen in die ökonomische Bildung zu integrieren? Kurz: Wo, wann und wie sollen ökonomische und politische Lernprozesse miteinander verknüpft werden? Damit steht letztlich die alte, und immer stark umstrittene Frage nach einer angemessenen inhaltlichen und institutionellen Konzeption für das sozialwissenschaftliche Lernfeld oder die sozialwissenschaftlichen Lernfelder auf der Tagesordnung.“

Diese Fragestellungen dürften bis heute noch nicht zufriedenstellend geklärt sein. Jedoch soll der Fall getrennter Fächer mit unterschiedlichen Zielen, Inhalten und Methoden aber im Rahmen des vorliegenden Bandes der Reihe „Erfahrungsorientierter Politikunterricht“ *nicht* bearbeitet und diskutiert werden, sondern im Mittelpunkt steht die Rolle und Gestaltung der ökonomischen Bildung im Kontext politischer Bildungsprozesse, die sich sowohl auf den ökonomischen als auch den außer-ökonomischen Bereich beziehen. *Ökonomische Bildung im Rahmen des Politikunterrichts hat andere Lernperspektiven und andere Inhalte als die in wirtschaftswissenschaftlichen Kategorien und Theoriezugängen wahrnehmende Ökonomik und soll als politisch-ökonomische Bildung verstanden werden. Im vorliegenden Buch soll daher ein politikdidaktisches Konzept politisch-ökonomischer Bildung entwickelt werden, das ökonomisches Lernen als integralen Bestandteil politischer Bildung begreift.* Gerade erst über die Analyse und Beurteilung der vielfältigen Verbindungen von Politik und Wirtschaft ist eine politische Bildung möglich, die zu einem mündigen und engagierten Handeln als Staatsbürger in einer wirtschaftlich und politisch globalisierten Welt qualifiziert.

Man könnte natürlich auch – vor allem unter dem Einfluss des Sparzwangs – versuchen, die politische Bildung und die Ökonomik als zwei unterschiedliche Domänen mit einer eigenen Systematik in die Fächer der politischen Bildung hinein zu geben. Dies würde bedeuten, dass die politische Bildung und die Ökonomik ohne

Aussicht auf Integration nebeneinander stehen würden, wobei der Spielraum und die Bedeutung der politischen Bildung erheblich eingeschränkt werden würden, da mit einer Ausweitung des zeitlichen Budgets zunächst nicht zu rechnen wäre. Eine Segmentierung von Politik und Wirtschaft jedoch innerhalb der politischen Bildung geräte dann leicht in den Verdacht, die politische Bildung funktionalisieren und Sonderinteressen von Verbänden und Gruppen bedienen zu wollen, die sich ihren qualifizierten Nachwuchs durch ein ökonomisches Anwendungswissen auf Kosten der politischen Bildung vorbereiten und sichern wollen. Der Versuch von Interessenverbänden, z.B. den Unternehmerverbänden, auf ein derartiges Doppelfach Einfluss zu nehmen, wäre leicht absehbar. Außerdem wäre ein solches Doppelfach tatsächlich – allein durch seinen begrenzten Zeitrahmen, aber auch durch die fehlende Doppelqualifikation der Lehrenden – völlig überfordert. *Daher ist diese „Doppellösung“ zweier nicht miteinander verbundener Fachgebiete innerhalb eines Unterrichtsfaches abzulehnen.*

Politische Bildung kann nicht an Nutzungsinteressen gesonderter gesellschaftlicher Gruppen orientiert sein, sondern hat die Subjekte fördernd in den Blick zu nehmen, die darauf angewiesen sind, unabhängige und kontroverse Anregungen zu erhalten – im Versuch sich in der Gesellschaft zu orientieren, einen eigenständigen Standpunkt zu beziehen und sich staats- und weltbürgerlich im Sinne demokratischer Partizipation einzumischen.

Ökonomische Bildung innerhalb politischer Bildung sollte zur kritischen Urteilsbildung und zu einer bewussten Handlungsfähigkeit in ökonomischen Entscheidungssituationen mit gesellschaftspolitischer Bedeutung führen. Daher ist natürlich auch die auf der Basis eines gesellschafts- und herrschaftskritischen Zugangs entwickelte Politische Ökonomie (vgl. z.B. Marx/ Engels, Altvater, Brückner, Wagenknecht) in die in der Schule zu vermittelnde politisch-ökonomische Bildung einzubeziehen. Genauso ist es im Sinne des Kontroversitätsgebots politischer Bildung ausgesprochen wichtig, auch über das ökonomische Wissen zu verfügen, es zu durchdringen und zu verstehen, das sich substanziell aus solchen Wirtschaftstheorien und ökonomischen Handlungsstrategien zusammensetzt, die oftmals als affirmativ und systemimmanent eingeordnet werden, wie z.B. Smith, Walras, Freedman, Eucken. Nur wer sich mit den Versuchen einer von einem kapitalistischen Wirtschaftssystem durchdrungenen Gesellschaft auskennt, die sich auch auf der Ebene ökonomischer Theoriebildung sowie entsprechenden ökonomischen Handlungsstrategien zu reproduzieren und systemimmanent zu innovieren versucht, kann sich auch kompetent und kritisch mit Wachstumsideologien, Deregulierungsgedanken, Euro-Rettungsversuchen, Spekulationsmechanismen etc. auseinandersetzen.

Ökonomie zeitdiagnostisch zu verstehen ist nur mit Hilfe grundlegender Kenntnisse sowohl der als affirmativ als auch der gesellschaftskritisch eingeschätzten Ansätze einer Theorie der Ökonomie möglich, die analysierend, deutend und urteilend auf aktuelle Konfliktlagen und Problemstellungen im Sinne von Mehrperspektivität zu beziehen sind.

Des Weiteren ist anzumerken, dass zahlreiche ökonomische Theorien zwischen den beiden Extremen – affirmative und systemüberwindende Ansätze – angesiedelt

sind, so dass die beiden Extreme das Spektrum analysierbarer und zu beurteilender Theorieansätze und Handlungsstrategien begrenzend markieren. So ist beispielsweise weder die richtig verstandene neoklassische Theorie nur als affirmativ zu bezeichnen, noch sind die Lehren von Keynes, bzw. auch neo- und postkeynesianische Ansätze, vorwiegend als systemkritisch aufzufassen.

Noch einmal abschließend zusammenfassend: Das vorliegende Buch wird sich mit der gesellschaftspolitischen Perspektive auf die ökonomische Bildung befassen. Oder anders ausgedrückt: Ökonomie wird unter einem gesellschaftspolitischen Blickwinkel im Rahmen politisch-ökonomischer Bildung darauf befragt, inwieweit sich dort Perspektiven von politischer Mündigkeit und politischer Partizipation innerhalb einer Gesellschaft mit demokratischem Selbstanspruch einlösen bzw. in konflikthaftern Prozessen durchsetzen lassen. *Ökonomie hat also unter einer politischen Perspektive keinen Selbstzweck, der z.B. an der betriebswirtschaftlichen Rationalität einer gesellschaftlichen Sondergruppe orientiert ist, sondern ist ein gesellschaftlicher Bereich, der dem Gemeinwohl der Gesellschaft und dem Nachhaltigkeitsgedanken verpflichtet ist – mit lokalen, nationalen, regionalen und globalen Bezügen.*

Ökonomie ist ein zentraler und unverzichtbarer Bezugspunkt politischer Bildung, der für eine historische, aber auch für eine zeitdiagnostische Perspektive auf die Gesellschaft im Rahmen des politikunterrichtlichen Lernprozesses zunehmend qualifizierter analysiert und beurteilt werden muss, um die Kompetenzen zu fördern, die für ein gegenwärtiges und zukünftiges mündiges Verhalten in Politik und Wirtschaft unter den Bedingungen einer fortschreitenden Globalisierung notwendig sind.

Teil I

Didaktik

**politisch-ökonomischer Bildung
im Politikunterricht**

2 Grundlagen einer Didaktik politisch-ökonomischer Bildung

2.1 Bildung und politisch-ökonomische Bildung im Politikunterricht

Wenn man von Bildung in einem pädagogisch ambitionierten Sinne spricht, meint man in der Regel nicht Erziehung, d.h. die Formung einer Persönlichkeit in die Gesellschaft hin, die von außen geschieht. *Bildung bezieht sich auf einen Prozess der Subjektwerdung, der sich identitätsgeleitet vollzieht, also im Wechselspiel von Individuum und Gesellschaft. Hierbei geht es – im Unterschied zum Erziehungsbegriff – um die Initiierung zur Selbstbildung und um einen Prozess der Reifung, der zunehmend selbstgesteuert verlaufen sollte.*⁴

Bildung beinhaltet auch einen Moment der Selbstreflexivität, indem die eigenen Ansichten nicht als fundamental richtig angesehen werden, sondern immer wieder problematisiert werden sollten. Auch meint Bildung nicht den Nachvollzug von zu Erlernendem, sondern ist auf die aktive Selbstbildung in dem Sinne angewiesen, dass Bildungsinhalte möglichst eigenständig entdeckt, bearbeitet und kritisch hinterfragt werden.

In diesem Sinne versucht Benner „Bildung als ein reflexives Verhältnis zu den Positivitäten und Errungenschaften der Neuzeit zu konzipieren, in welchem diese nicht affirmiert, sondern (...) problematisiert und in neue Wechselwirkungen von Mensch und Welt transformiert werden“ (Benner 2001, 168).

Dementsprechend bedeutet dies für Prozesse politisch-ökonomischer Bildung im Rahmen des Politikunterrichts, dass die Ökonomie zum Gegenstand kritischer Reflexionsprozesse unter einer politischen Perspektive werden müsste, wobei dies von den Lernenden weitgehend selbstgesteuert mit offenem Ausgang vorzunehmen ist.

Selbst eine wirtschaftswissenschaftlich orientierte Bildung in der Schule könnte sich also diesem Bildungsverständnis nach nicht in einem Erlernen betriebswirtschaftlicher und volkswirtschaftlicher Wissens Elemente erschöpfen, sondern müsste diese ebenfalls zum Gegenstand kritischer Reflexionstätigkeit werden lassen.

Die didaktische Sichtweise einer die wirtschaftswissenschaftliche Vermittlung übersteigenden schulischen Bildung wird von Lange/ Reinhardt/ Simon/ Kempe (2011, 5) geteilt, wenn sie in ihrer Stellungnahme des DVPB-Vorstandes⁵ für die ökonomische Bildung im Politikunterricht schreiben:

⁴ Vgl. zu einem derartigen Bildungsverständnis Benner (2001), Klafki (1985), Messner (1998).

⁵ Stellungnahme des Bundesvorstands der Deutschen Vereinigung für Politische Bildung (DVPB) zum Gutachten „Ökonomische Bildung an allgemeinbildenden Schulen“ (Retzmann et al (2010))

„Ökonomische Bildung ist ein wichtiger und unverzichtbarer Bestandteil der Allgemeinbildung! Wenn sie ihren spezifischen Beitrag zu einem besseren Verständnis der gesellschaftlichen Realität und einer reflektierten und selbstbestimmten Mitgestaltung des gesellschaftlichen Zusammenlebens einlösen können soll, darf sie ihr Curriculum aber nicht monodisziplinär aus den Wirtschaftswissenschaften ableiten. Vor allem muss sie diejenigen Grundsätze und Leitideen anerkennen, die für das Selbstverständnis aller etablierten gesellschaftswissenschaftlichen Unterrichtsfächer konstitutiv sind, weil ihre Berücksichtigung auf der Ebene des Unterrichts der Logik der freiheitlich demokratischen Grundordnung entspricht und eine zentrale Voraussetzung für deren Fortbestehen und Weiterentwicklung darstellt.“

In diesem Sinne wird also die ökonomische Bildung, wenn sie als integrativer Teil des Politikunterrichts zu sehen ist, unter das Primat der politischen Bildung zu subsumieren sein, also als politisch-ökonomische Bildung aufzufassen sein. Es geht hierbei demnach im Politikunterricht nicht um eine Rekonstruktion der Ökonomik, allerdings werden inhaltliche Bezüge aus der Ökonomik ebenfalls zum Gegenstand eingehender Untersuchung unter einem gesellschaftspolitischen Blickwinkel.

Dies setzt fundierte Kenntnisse vor allem der Politikwissenschaft aber auch zumindest ein Grundwissen in Ökonomik bei den Lehrenden und Lernenden als Grundlage weiterer Kompetenzen in der politisch-ökonomischen Bildung, wie z.B. Analysefähigkeit oder Urteils- und Handlungsfähigkeit voraus.

Auch muss sich die politisch-ökonomische Bildung im Rahmen des Prozesses einer fortschreitenden ‚Modernisierung‘ der Gesellschaft unter dem Einfluss eines Globalisierungsprozesses positionieren, der mit Büniger/ Ponkratzen (2008, 11) hinsichtlich des Verhältnisses von Bildung, Subjektivität und Ökonomie zusammenfassend wie folgt beschrieben werden kann und Angriffspunkt für auf Partizipation, auf soziale Gerechtigkeit und auf Nachhaltigkeit gerichtete gesellschaftliche Bestrebungen ist:

- „a) Globalisierung als neoliberal begründete Deregulierung und Internationalisierung kapitalistischer Ökonomie,
- b) Mobilisierung, Flexibilisierung und Prekarisierung von Subjektivität,
- c) Kommodifizierung und Privatisierung von Bildung.“

Politisch-ökonomische Bildung muss sich also als globales Lernen⁶ begreifen, das in der Lage ist, auch lokale Bezüge in einen globalisierten Kontext zu stellen bzw. die Auswirkungen transnationaler Ereignisse auf regionale, nationale und lokale Ökonomien und ökonomische Situationen und Prozesse zu beziehen. Globalisierung darf hierbei nicht einseitig in seiner neoliberal ausgerichteten Ausprägung sondern auch unter dem Aspekt seiner zu erstreitenden strukturellen Möglichkeiten bis hin zur möglichen individuellen Verhaltensänderung betrachtet werden. Hierbei sind

⁶ Vgl. z.B. Steffens (2007), Moeckling/ Overwien/ Sachs (2011), Overwien/ Rathenow (2009)

also die lernenden und lehrenden Subjekte, ihre Biografien, Bedürfnisse und ihr lebensweltlicher Kontext nicht hinsichtlich ihrer Verstrickung mit und ihrer Betroffenheit von globalisierten Verhältnissen auszuklammern – so noch einmal Bürger/Ponkratzen (2008, 22):

„Das einzige, was Bildung der blinden Reproduktion der Verhältnisse entgegensetzen kann, ist deren Thematisierung. Ohne selbstkritische Reflexion auf die eigene Verstrickung in Herrschaft bleibt diese jedoch unvollständig, letztlich heuchlerisch.“

Steffens (2008, 28) fragt in diesem Zusammenhang, ob „sich aus der Perspektive ökonomischen Denkens eine Theorie allgemeiner oder politischer Bildung entwickeln oder – bescheidener – ein Bildungsanspruch von Ökonomie begründen (lässt), der über ein individuelles Fitmachen hinausginge.“ Hiermit ist sicherlich ein Anspruch auch an die didaktische Theoriebildung hinsichtlich politisch-ökonomischer Bildung gesetzt, der keineswegs das sich egoistisch verwirklichende Menschenbild des „Homo Oeconomicus“ zum Bildungsziel hat, sondern einen Staatsbürger⁷ im Auge hat, dessen ökonomisches Handeln in Kontakt zu demokratischer Partizipationsbereitschaft im lokalen bis internationalen politischen Kontext und einer ethisch geleiteten Verantwortlichkeit steht.

Politisch-ökonomische Bildung unter der sich rasant weiter entwickelnden Globalisierung muss somit Bildungsperspektiven entwickeln, die einerseits den Prinzipien der Kontroversität und des Überwältigungsverbots entsprechen⁸, andererseits auf einen kritischen Umgang mit egozentrischem Sozialverhalten vorbereiten – von der skrupellosen internationalen Finanzspekulation bis hin zu dem ökologischen Fußabdruck, den wir den nächsten Generationen hinterlassen.

Hierbei soll nicht verschwiegen werden, dass es auch weiterhin didaktische und theoretische Unvereinbarkeiten und Brüche geben wird, die mit dem vorliegenden Ansatz politisch-ökonomischer Bildung, der durch Erfahrungs- und Kompetenzorientierung sowie ein kritisches Verhältnis zu Funktionalisierungsversuchen von Bildung gekennzeichnet ist, nicht überbrückt werden können – so Steffens (2007, 9):

„Die Forderung nach einer Stärkung ökonomischer Bildung lässt sich einerseits aus dem Horizont eines instrumentellen Interesses an der erfolgreichen Handhabung der Instrumente ökonomischen Denkens durch die künftigen Wirtschaftssubjekte, andererseits aus dem Horizont des Interesses an kritischer Urteilsfähigkeit und politischer Gestaltungsmöglichkeit der künftigen Citoyens begründen. Diese Konkurrenz der Begründungsansätze lässt sich nicht harmonisieren, kaum auch überbrücken.“

⁷ In der Regel wird der Lesbarkeit halber die männliche Schreibweise benutzt. Hin und wieder werden auch beide Geschlechter explizit angesprochen, um deutlich zu machen, dass die Problematik der ausschließlich männlichen Schreibweise präsent ist.

⁸ Vgl. den Beutelsbacher Konsens mit den Prinzipien Kontroversitätsgebot, Überwältigungsverbot und Orientierung an den Schülerinteressen u.a. <http://www.lpb-bw.de/beutelsbacher-konsens.html>, 8.4.12.